

Berufsverbote wegen Gesellschaftskritik?

Hochschulen und Kultusministerien schließen kritische Bildung und Wissenschaftler*innen aus

Aktuell sind zwei sozialistische und gewerkschaftlich organisierte Kollegen von Berufsverboten betroffen. Zum einen verweigert die *Hessische Lehrkräfteakademie* stellvertretend für das *Kultusministerium* des Landes dem angehenden Lehrer Luca seit Juli 2023 die Aufnahme in den Vorbereitungsdienst. Zum anderen hat die *Technische Universität (TU) München* im August 2022, trotz Zusage der zuständigen Lehrstuhlinhaberin Prof. Dr. Liqiu Meng, die Anstellung des Geographen Benjamin Ruß als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Kartographie und visuelle Analytik untersagt.

»Nicht einstellungsfähig«?

Die beiden Fälle sind unterschiedlich gelagert, aber gleichermaßen dubios und politischen Charakters. Dem aktiven GEW-Mitglied Luca, der noch bis zu den Sommerferien 2024 als Lehrer an der *Integrierten Gesamtschule Süd* in Frankfurt am Main angestellt ist und eigentlich bereits das Referendariat hatte aufnehmen wollen, unterstellte die Staatsanwaltschaft einen »tätlichen Angriff auf Vollstreckungsbeamte in Tateinheit mit Landfriedensbruch«. Konkret soll er bei einer 1. Maidemonstration im Jahr 2021 einen »Rauchtopf in Beinhöhe« in Richtung einer Gruppe Polizisten geworfen haben.

Der vor Gericht vernommene Polizist verstrickte sich zwar in Widersprüche. Auch das Video zur Demonstration belegt den Tatvorwurf nicht. Luca gab zu Protokoll, dass er den Rauchtopf weggeworfen habe, ohne darauf zu achten, wo er landet. Er wollte eine am Boden liegende, verletzte Person schützen, neben der sich der besagte Topf entleerte.

Dennoch verurteilte das Amtsgericht Frankfurt am Main ihn im Mai 2023 zu einer Bewährungsstrafe. Luca hätte »vorsätzlich« die Polizeikräfte »erheblich vernebelt« und ihnen »die Sicht genommen«. Unter Berufung auf das Urteil hält die zuständige Behörde an seinem Ausschluss vom Vorbereitungsdienst fest. Juristisch bleibt ihm jetzt nur noch, die beiden Hauptverfahren vor dem Oberlandesgericht

und vor dem Arbeitsgericht abzuwarten. In der Zwischenzeit – mindestens mehrere Monate, möglicherweise mehrere Jahre – wird er seinen Beruf nicht ausüben können.

Während die *Hessische Lehrkräfteakademie* Luca auf Basis der Verurteilung zu einer Vorstrafe nutzte, um ihn als »nicht einstellungsfähig« zu stigmatisieren, bemüht die *TU München* unverblümt politische Argumente, um dem ver.di-Mitglied Benjamin Ruß den Zugang zu einem Job im öffentlichen Dienst vorzuenthalten – unter tätiger Mithilfe des Verfassungsschutzes.

Keine Kritik an den Verhältnissen erlaubt

Nachdem der Geoinformatiker und seine potenzielle neue Chefin im Februar 2022 die Einstellungsunterlagen bei der Universität eingereicht hatten, meldete sich die zuständige Personalabteilung bei ihm. Ruß hatte den in Bayern und Baden-Württemberg obligatorisch auszufüllenden *Fragebogen zur Prüfung der Verfassungstreue* wahrheitsgemäß ausgefüllt. Die Personalabteilung nahm Anstoß an seinen Angaben zu seiner früheren Mitgliedschaft bei *DieLinke.SDS*, dem Studierendenverband der Partei *Die Linke*, und seiner aktuellen Mitgliedschaft in der *Roten Hilfe*. Daraufhin kontaktierte sie das *Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz*, das der Universitätsverwaltung offenbar weitere Anschuldigungen an die Hand gab, etwa dass Ruß 2015 die Proteste in München gegen das G7-Treffen auf Schloss Elmau in der oberbayrischen Provinz mitorganisiert habe.

Nach einigem Hin und Her, eine sechsseitige Stellungnahme von Ruß zu den Anwürfen inbegriffen, erhielt er schließlich im August statt eines Arbeitsvertrags ein Schreiben des Kanzlers der TU, Albert Berger. Dessen Quintessenz: Eine Einstellung als wissenschaftlicher Mitarbeiter könne »nicht erfolgen«. Als Begründung verweist Berger auf die genannten Mitgliedschaften und die Beteiligung an den Anti-G7-Protesten, die Nutzung von Begriffen kritischer Gesellschaftstheorie, Artikel auf dem Internetportal *klassegegenklasse.org* und eine mut-

maßliche Beteiligung an einem Angriff auf einen Polizisten im Jahr 2016.

Dieser ›Angriff‹ ist eine Fiktion, von deren Untersuchung nachweislich selbst die Staatsanwaltschaft München der involvierten Polizei abriet, weil Ruß von den Beamten alles andere als glimpflich traktiert worden war. Bleiben das politische Engagement, die Verwendung »klassischer Begriffe wie Faschismus, Rassismus, Kapitalismus« und die Unterstellung, für »eine sozialistische oder kommunistische Gesellschaftsordnung« einzutreten. Das ist alles politisch links, daraus macht auch Ruß keinen Hehl. Aber Gründe für den Ausschluss vom öffentlichen Dienst sind es nicht – es sei denn man will nicht, dass Linke den Staatsdienst antreten.

Ruß' Lesart der Ereignisse: Die »Gesinnungsschnüffelei« solle »jegliche Kritik der Verhältnisse von der Uni fernhalten«. Zuflucht hat er vorübergehend am *Institut National de Recherches Archéologiques* in Luxemburg gefunden. Aber ebenso wie Luca lässt sich Ruß nicht abspesen: Unterstützt vom ver.di-Rechtsschutz und vertreten von der Bundesjustizministerin a. D., Herta Däubler-Gmelin, klagt er gegen den Beschluss der *TU München*. Der zweite Verhandlungstag ist für Juli 2024 angesetzt.

Die Rückkehr der Regelanfrage

Schon vor diesen beiden Fällen hat es in den vergangenen Jahren immer wieder Berufsverbote gegeben. Dem Lehrer Michael Csaszkóczy wurde etwa wegen seiner Mitgliedschaft in einer antifaschistischen Initiative zwischen 2004 und 2007 die Einstellung in den Schuldienst verwehrt. Der Kommunikationswissenschaftler Kerem Schamberger musste 2016 erst juristisch und politisch aktiv werden, bevor sich die *Ludwig-Maximilians-Universität München* über das Plädoyer des *Bayerischen Landesamts für Verfassungsschutz* hinwegsetzte, ihn nicht als Doktorand anzustellen. Der Vorwurf: Er bezeichne sich als »Kommunist«.

Es handelt sich also nicht um Einzelfälle. Nun besteht die Gefahr, dass weitere hinzukommen: Unter dem Vorwand, die AfD und »Extremismus« bekämpfen zu wollen, prüfen derzeit mehrere Bundesländer, die sogenannte Regelanfrage beim Verfassungsschutz wieder einzuführen. Damit wurde nach dem Radikalenerlass der SPD-FDP-Koalition 1972 die Praxis bezeichnet, Anwärter*innen auf Tätigkeiten im öffentlichen Dienst vom Verfassungsschutz standardisiert überprüfen zu lassen. Innerhalb weniger Jahre wurden damals 3,5 Millionen Kontrollen vorgenommen, 11.000 Verbotsverfahren eingeleitet und rund 1.500 Verbote verhängt.



Unter dem Vorwand, Verfassungskonformität sicherzustellen, geht es bei den Berufsverboten und den Überprüfungen durch den Verfassungsschutz darum, Einfluss auf die politischen Kräfteverhältnisse in der Gesellschaft zu nehmen, Mitgliedern sozialkritischer Gruppen den Zugang zum Staat zu erschweren und disziplinierend in Staatsapparate wie Schulen und Universitäten hineinzuwirken.

Heute konsultiert Bayern seinen Inlandsgeheimdienst bereits automatisch zwecks Treuechecks von Richter*innen und Staatsanwält*innen. Potenzielle Staatsdiener*innen anderer Professionen sind im Freistaat verpflichtet, den erwähnten Fragebogen zu ihrer »Verfassungstreue« auszufüllen – ein smartes Update der Regelanfrage. Andere Bundesländer wollen sich damit nicht begnügen. Brandenburgs rot-schwarz-grüne Regierungskoalition beschloss jüngst die Wiedereinführung der allgemeinen Überprüfung für Beamte – angeblich auch wegen der real existierenden rechten Netzwerke in der Polizei.

Historische Kontinuität: Kampf gegen links

Die unselige deutsche Geschichte der Berufsverbote vom Kaiserreich bis zur Bundesrepublik zeigt jedoch, dass sich diese mitnichten gegen die politische Rechte gerichtet haben oder gar deren Einfluss in den Staatsapparaten und auf die Bevölkerung eingeehgt hätten. Einzelnen Faschist*innen mag dadurch die Arbeit im Staat versagt worden sein. Aber in der Gesamtschau waren Berufsverbote vor allem ein politisches Mittel zur Bekämpfung sozialistischer und kommunistischer Organisationen, Bewegungen und Aktivist*innen.

BERUFSVERBOTE WEGEN GESELLSCHAFTSKRITIK?



Wie Hochschulen und Kultusministerien kritische
Bildung und WissenschaftlerInnen ausschließen

MIT DEN BETROFFENEN BENJAMIN RUß UND LUCA

**Donnerstag, 30. Mai 2024,
18:30 Uhr, Geomatikum, H6,
Uni Hamburg, Bundesstraße 55**

DIE VERANSTALTUNG WIRD UNTERSTÜTZT VON:



Nach dem zweiten Weltkrieg wurden zum Beispiel nicht die ehemaligen NS-Funktionäre um ihre Positionen gebracht, politisch diskreditiert und juristisch kriminalisiert. Im Gegenteil, sie bauten ja unter anderem den Verfassungsschutz und die Bundeswehr maßgeblich mit auf. Tatsächlich richteten sich die Einschränkungen infolge der Gesinnungsprüfung gegen aktive und ehemalige Mitglieder und Sympathisant*innen der *Deutschen Kommunistischen Partei* (DKP), der sogenannten K-Gruppen, außerparlamentarischer Initiativen und vereinzelt sogar gegen linke Sozialdemokrat*innen.

Unter dem Vorwand, Verfassungskonformität sicherzustellen, geht es bei den Berufsverboten und den Überprüfungen durch den Verfassungsschutz darum, Einfluss auf die politischen Kräfteverhältnisse in der Gesellschaft zu nehmen, Mitgliedern sozialkritischer Gruppen den Zugang zum Staat zu erschweren und disziplinierend in Staatsapparate

wie Schulen und Universitäten hineinzuwirken. Darüber hinaus hängen die Maßnahmen auch von der sozialhistorischen Konstellation und Konjunktur ab: Der Radikalenerlass war nach 1968 und unter den Bedingungen der Systemkonkurrenz in Westdeutschland vor allem dazu gedacht, Grenzen des politisch Akzeptablen gegenüber der Linken zu ziehen. Heute handelt es sich eher um präventive Ausgrenzung und um eine Homogenisierung des bürgerlichen Lagers nach innen in einer anhaltenden ökonomischen und politischen Krisensituation, bei sich zuspitzenden Widersprüchen auf Weltebene.

Dass es keineswegs darum geht, die Öffnung der Gesellschaft nach rechts einzuhegen, zeigen auch zwei prominente zeitgenössische Beispiele. AfD-Gründer Bernd Lucke kann weiterhin problemlos als Professor in der Volkswirtschaftslehre der *Universität Hamburg* Wachstum predigen. Und

die *Universität Köln* befand jüngst, dass der Jurist Ulrich Vosgerau weiterhin als Privatdozent lehren dürfe. Dabei hatte dieser im Januar beim medial breit diskutierten Treffen von Unternehmer*innen, AfD-Mitgliedern und -Sympathisant*innen sowie Aktivisten der *Identitäten Bewegung* in Potsdam teilgenommen, bei dem die Massendeportation von Flüchtlingen beraten wurde.

Protest und Solidarität nötig

Dass die Aussichten für Luca und Benjamin Ruß nicht rosig sind, hält sie nicht davon ab, sich gegen ihre Kriminalisierung zur Wehr zu setzen. Beide befinden sich bereits in langwierigen juristischen Auseinandersetzungen mit ungewissem Ausgang. Dafür erhalten sie auch öffentliche und gewerkschaftliche Unterstützung. Die ver.di-Betriebsgruppe München organisierte bereits eine Veranstaltung mit Ruß. Die Betriebszeitung der *TU München* berichtete über das Berufsverbot und verschiedene Medien haben ihm eine Plattform geboten, um seine Sicht der Dinge darzulegen.

Für Luca gibt es starken Rückhalt aus seiner Gewerkschaft sowie teils von Schüler*innen und Eltern der Schule, an der er aktuell noch angestellt ist. Die Landesdelegiertenversammlung der GEW Hessen hat sich mit einem Beschluss hinter ihren Kollegen gestellt. Unter anderem ruft sie auch dazu

auf, die Petition *Luca muss Lehrer bleiben! Solidarität mit Luca - Gegen Berufsverbote!* zu unterzeichnen, die aktuell (Anfang Mai 2024) von mehr als 5.000 Menschen unterschrieben worden ist.

Damit die beiden Kollegen Erfolg haben und in Zukunft nicht weitere Fälle folgen, werden diese wertvollen Initiativen jedoch nicht ausreichen. Es wird Solidarität mit den Kollegen und weitere sowie stärkere Proteste gegen die Wiederkehr der Berufsverbote brauchen, damit Gesellschaftskritik in Zivilgesellschaft und Staat nicht weiter marginalisiert wird.

Bei einer Veranstaltung an der Universität Hamburg wird es Gelegenheit geben, diese und andere Probleme zu diskutieren. Am Donnerstag den 30. Mai, ab 18.30 Uhr werden die beiden Betroffenen im Hörsaal H6 des *Geomatikums* (Bundesstraße 55) ihre Geschichten erzählen und im Anschluss Rede und Antwort stehen.

CHRISTIAN STACHE

Die Petition *Luca muss Lehrer bleiben!* findet sich hier: <https://www.change.org/p/luca-muss-lehrer-bleiben-solidarit%C3%A4t-mit-luca-gegen-berufsverbote>.